

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK
HESSEN-NORD

SPD



FOTO: BÜRO GREMMELS

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die letzten Wochen und Monate waren schwer für unser Land, für Euch und Eure Familien, aber auch für die Vereins- und Parteiarbeit. Das Corona-Virus hatte uns fest im Griff. Jetzt haben wir – allem Anschein nach – das Schlimmste überstanden. Nun gilt es, möglichst schnell wieder in die Normalität zurückzukehren. Allerdings müssen wir wachsam bleiben, um das Erreichte nicht zu gefährden.

Auf Bundesebene haben wir ein großes Konjunkturpaket geschnürt. Die Senkung der Mehrwertsteuer für ein halbes Jahr, die Senkung der EEG-Umlage sowie ein Kinderbonus von 300 Euro kommen insbesondere Menschen mit kleineren Einkommen zugute. Unterstützungsprogramme für Selbständige, Künstler, Reisebüros und die Gastronomie sollen helfen, dass möglichst viele von ihnen die Krise überleben. Unseren Kommunen wird der Wegfall der Gewerbesteuer kompensiert und sie werden dauerhaft von den Kosten der Unterkunft entlastet. Insbesondere unsere Minister Olaf Scholz (Finanzen) und Hubertus Heil (Arbeit und Soziales) leisten eine hervorragende Arbeit und erhalten großen öffentlichen Zuspruch.

Anders in der Landespolitik. Hier haben vor allem Kultusminister Alexander Lorz (CDU) für den Schulbereich und Sozialminister Kai Klose (Grüne) für die Kitas Eltern und Kommunen im Stich gelassen und Verantwortung an die Schul- und Kitaträger abgeschoben. Gerade Kinder brauchen klare Strukturen und ihr soziales Umfeld. Längerfristiges „Homeschooling“ benachteiligt insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass nach den hessischen Sommerferien in Schule und Kitas wieder annähernd die Bedingungen herrschen wie vor der Corona-Krise.

Apropos Sommerferien: Auch diese werden anders sein, als die Jahre zuvor. Urlaub in Deutschland wird noch beliebter werden. Wo auch immer Ihr Euren Urlaub verbringt, erholt Euch gut und tankt Kraft, denn auch die Parteiarbeit muss nach der Sommerpause wieder anlaufen. Wir haben durch die Corona-Krise Zeit verloren. Ich bin mir aber sicher: Wir werden im Spätsommer und im Herbst überall in Nordhessen gute, attraktive und spannende Listen aufstellen, damit wir am 14. März 2021 die Menschen in unserer Region überzeugen können, SPD zu wählen.

Einen schönen Sommer!

Euer Timon ■

LAND NIMMT GERNE: KOMMUNALES GELD!

Von Torsten Warnecke MdL

In Zeiten wie diesen: hat Hessen im Landeshaushalt noch vor kurzem 1,5 Mrd. Euro als Überschuss ausgewiesen (2019). Sind Rücklagen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro und ein Kreditvolumen von 2 Mrd. Euro in einem breitgetragenen Nachtragshaushalt beschlossen worden (2020). Damit sollen Maßnahmen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen aus der Corona-Pandemie in Hessen finanziert werden.

Darüber darf nicht vergessen werden, dass in vielgeübter schlechter CDU-Regierungspraxis noch vor kurzem den Kommunen Geld genommen wurde. Nicht gegeben, sondern genommen. Das ward dann „Heimatumlage“ geheißen und reiht sich in die CDU-Tradition ein. Worum geht es?

Darum geht es!

Die gewerbesteuereinnehmenden Kommunen der westlichen Bundesländer haben sich am Aufbau der neuen Bundesländer seit 1995 mit einer Umlage direkt beteiligt. Mehr als 400 Millionen Euro oder 29 Prozentpunkte waren es in 2019 in Hessen. In allen westdeutschen Bundesländern wurden diese Mittel den Kommunen für die Zukunft, ab 2020, zurückgegeben. In Hessen sieht das wieder einmal anders aus. Nur ein Viertel bleibt den gewerbesteuereinnehmenden Kommunen selbst; gut 100 Millionen Euro.

Der übergroße Mittelanteil wird von den Kommunen in den Landeshaushalt verfrachtet. Die gewerbesteuereinnehmenden Kommunen müssen über 300 Millionen Euro an das Land Hessen abführen. Im Landeshaushalt werden daraus einerseits gut 120 Millionen Euro für den kommunalen Finanzausgleich (KFA). Und dann müssen andererseits Versprechen der schwarz-grünen Koalition eingehalten werden. Erinnerung sei an die „Stärkung der Kinderbetreuung“ (120 Mio. Euro), die „Erhöhung der Krankenhausinvestitionen“ (35 Mio. Euro), die „ÖPNV/Nahmobilität“ (20 Mio. Euro), die „Digitalisierung der Kommunen“ (20 Mio. Euro) und „Verwaltungspersonal für die Schulen“ (5 Mio. Euro). Das alles, worüber dann landesweitig Bewilligungsbescheide ausgestellt werden, mindestens die Landesregierung lobende Pressemitteilungen verfasst, wird mit kommunalem Geld

bezahlt! Und bei dem einen oder anderen Programm dürfen die Kommunen sich wieder bewerben, um ihr Geld in Form von Programmmitteln zurückzubekommen.

Mit dieser Vorgabe wird übrigens den gewerbesteuereinnehmenden Kommunen auch eine eventuell geplante Senkung der Gewerbesteuerhebesätze verwehrt. Denn die dafür eingeplanten Mittel sind durch die Aktion der schwarz-grünen Landesregierung bereits maßgeblich im Landeshaushalt verplant.

Schließlich bedeutet dies für Kommunen, deren Gewerbesteuer entscheidend aus dem produzierenden Gewerbe stammt, erneut einen Entzug der zur Unterhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur notwendigen Mittel.

Nichts Neues von der PR-Front!

Das Beschriebene allerdings ist nichts Neues in Hessen. Zwar werden immer wieder die Programme von CDU-geführten Landesregierungen selbstgelobt. Bei einem klaren Blick allerdings muss festgestellt werden, dass die Kommunen den „Schutzschirm“ (56,6%), die „Hessenkasse“ (63,5%), die „Heimatumlage“ (100%) maßgeblich oder vollständig selber bezahlen. Vergessen scheinen auch die gut 2,4 Milliarden Euro, die CDU-geführte Regierungen den Kommunen von 2010 bis 2016 ersatzlos aus dem KFA entzogen hatten.

Und wenn jetzt Bundesfinanzminister Olaf Scholz ankündigt, dass zur Entschuldung der Kommunen Altschulden von Bund und Land je hälftig übernommen werden sollen, kündigt sich wütender Widerspruch der Hessen-CDU an. Die Kommunen seien doch entschuldet worden heißt es. Nicht tatsächlich, denn Kassenkredite teilweise in langfristige Zahlungsverpflichtungen umzuschulden, ist keine Entschuldung. Eine 100-prozentige Übernahme von Bund und Land sind eben etwas anderes, als die rund 40 % des Landes Hessen bei „Schutzschirm“ und „Hessenkasse“. Das macht deutlich, dass die SPD den Kommunen mehr Hilfe zukommen lassen will, als die PR-gestützten Maßnahmen einer CDU-geführten Landesregierung bieten.

Die Zahlen sind klar. Gerade in Zeiten wie diesen schlägt die Realität alles. ■

RECHTSEXTREMISTISCHE STRUKTUR IN NORDHESSEN ZERSCHLAGEN

Zum Jahrestag der Ermordung Dr. Walter Lübckes

Anlässlich des 1. Jahrestags der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 appellierte der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Nord, Timon Gremmels MdB, mit der entschiedenen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht nachzulassen.

„Der erste rechtsterroristische Mord an einem deutschen Politiker darf nicht isoliert vom NSU und von den Taten von Halle und Hanau betrachtet werden. Wir haben - nicht nur in Nordhessen - ein zunehmendes Problem mit dem stärker werdenden Rechtsextremismus und der AfD, die sich immer mehr zu deren parlamentarischen Arm entwickelt“, so Gremmels.

Die Region Kassel hat nach der Tat gezeigt, dass sie Rechtsextremismus keinen Platz lässt. Zwei Großdemonstrationen mit jeweils über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, eine vielbeachtete

Inszenierung des Staatstheaters Kassel zu den NSU-Morden, die den Bogen bis zu Walter Lübckes Rede in Lohfelden spannt, sowie die bundesweit einmalige von Wintershall-DEA angestoßene Unternehmensinitiative „Offen für Vielfalt“ zeigen, dass die nordhessische Zivilgesellschaft klar sortiert ist.

„Der anstehende Prozess gegen den mutmaßlichen Lübcke-Mörder Stefan E. und den Mittäter Markus H. ist eine Chance, die mögliche Einbettung der Tat ins mehr oder minder lose rechtsextremistische nordhessische Netzwerk offenzulegen und dieses dann zu zerschlagen“, so der SPD-Politiker.

Gremmels begrüßte auch, dass sich auch der Hessische Landtag mit der politischen Aufarbeitung und Einbettung der Tat beschäftigen wird.

„Dr. Walter Lübcke fehlt. Er war in Nordhessen immer sehr präsent und sein waldeck'scher Humor war legendär.



In seiner klaren wertebasierten Haltung bleibt er über Parteigrenzen hinweg ein Vorbild“, unterstrich Timon Gremmels abschließend. ■

Timon Gremmels mit Michael Sasse und Maximilian Zindel von der Initiative „Offen für Vielfalt“:

FOTO: OFFEN FÜR VIelfALT

**GESCHLOSSEN
GEGEN
AUSGRENZUNG**

LÜBCKES MÖRDER WAR LANGE ZUM TÖTEN ENTSCHLOSSEN

Günter Rudolph MdL: Behördenversagen muss aufgeklärt werden

Die Generalbundesanwaltschaft hat vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt Anklage gegen den Rechtsextremisten Stephan E. erhoben. Ihm werden der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019, der versuchte Mord an einem Asylbewerber im Januar 2016 sowie Verstöße gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. Ebenfalls angeklagt ist E.s mutmaßlicher Helfer Markus H., dem Beihilfe zum Mord sowie ein Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt werden.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, sagte dazu: „Die Ermittlungen haben die Generalbundesanwaltschaft zu der Überzeugung gebracht, dass

Stephan E. den Mord an Dr. Walter Lübcke aus rassistischen und fremdenfeindlichen Motiven begangen hat, die sich aus einer völkisch-nationalistischen Grundhaltung speisen. Anders gesagt: Stephan E. ist ein skrupel- und gewissenloser Rechtsterrorist.

Die Generalbundesanwaltschaft hat auch ermittelt, dass E. schon in den Jahren 2017 und 2018 den Wohnort von Dr. Walter Lübcke in der Absicht aufgesucht hat, diesen zu töten. E. hat seine abscheuliche Bluttat also jahrelang geplant. Die strafrechtliche Würdigung von E.s Verbrechen bleibt der Staatschutzkammer des OLG Frankfurt vorbehalten. Politisch aber muss dringend geklärt werden, wieso der gefährliche Rechtsterrorist Stephan E. aus dem Blickfeld der hessischen Sicherheitsbehörden verschwinden konn-

te. Denn immerhin handelt es sich hier um einen Mann, der wegen mehrerer politisch motivierter Gewaltverbrechen vorbestraft war, der immer wieder bei Versammlungen von behördenbekanntem rechtsextremen Gruppierungen und Neonazis auftauchte und der offensichtlich fest entschlossen war, zu töten.

Dass ein politischer Krimineller mit dieser Vorgeschichte und diesem Gewaltpotenzial dem Verfassungsschutz zehn Jahre lang nicht aufgefallen ist, lässt nur einen Schluss zu: Die beteiligten Behörden haben sich in diesem Fall nicht nur Versäumnisse zuschulden kommen lassen, sie haben offensichtlich versagt. Und dieses Versagen werden wir in dem kommenden Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags gründlich ausleuchten.“ ■



Günter Rudolph MdL

FOTO: BÜRO RUDOLPH

STRAFGESETZBUCH MUSS GEÄNDERT WERDEN

Esther Dilcher MdB zu Gafferfotos und Upskirting

Es ist heute so leicht wie noch nie, Menschen ohne deren Einwilligung zu fotografieren oder zu filmen. Immer häufiger machen Schaulustige bei Unfällen sogenannte Gafferfotos. Einige dieser Aufnahmen verbreiten sich danach in sozialen Netzwerken oder landen sogar in den Medien.

Wir Sozialdemokraten setzen uns aktuell im Bundestag dafür ein, dass auch Aufnahmen von Verstorbenen nicht mehr gemacht oder verbreitet

werden dürfen. Bislang ist es nämlich nur verboten, entwürdigende Bilder und Videos von lebenden Personen zu machen und zu verbreiten. Oftmals werden auch heimlich und unerlaubt intime Bilder gemacht. Betroffen sind meistens Frauen. Beispielsweise wird unter den Rock fotografiert („Upskirting“). Bislang sind solche Aufnahmen nur verboten, wenn sie im Privatbereich gemacht werden. Entstehen solche Bilder in der Öffentlichkeit, ist das legal. Das wollen

wir Sozialdemokraten jetzt ändern. In ihrer Rede vor dem Plenum setzte sich Esther Dilcher dafür ein, dass derartige Aufnahmen auch in der Öffentlichkeit unter Strafe gestellt werden. Nur mit der notwendigen juristischen Handhabe lässt sich die Herstellung und Verbreitung unterbinden und die Position der Geschädigten stärken. „Die Täter sollen sich auch als Täter fühlen. Deswegen brauchen wir die Änderung im Strafgesetzbuch“, stellte sie klar. ■



Esther Dilcher MdB

FOTO: BÜRO DILCHER

JA ZU MODERNER ARBEITSWELT – NEIN ZUR ENTGRENZUNG VON ARBEITSZEITEN UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Wolfgang Decker MdL zu Forderungen der hessischen Unternehmerverbände

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) spricht sich dafür aus, die während der Corona-Krise zwangsläufig entstandene Flexibilisierung in der Arbeitswelt, wie zum Beispiel digitale Kommunikation, flexiblere Arbeitszeiten und gelockerte Arbeitsregelungen und das Arbeiten im Homeoffice über die Krise hinaus fortzuführen.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang Decker, warnte die Arbeitgeberverbände davor, die Krise dazu nutzen zu wollen, die schon lange von ihnen geforderten umfangreichen Flexibilisierungen dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt einzuführen zu wollen.

Wolfgang Decker sagte dazu: „Nachtigall, ick hör` Dir trapsen. Es ist zwar begrüßenswert, wenn die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände die Ausweitung von Homeoffice und digitaler Kommunikation als ‚Modernisierungsschub‘ bezeichnet, den man über die Krise hinaus für die Arbeitsstruktur der Zukunft nutzen sollte. Damit ist der

Verband immerhin schon einen Schritt weiter. Aber dann kommt sogleich der übliche Pawlowsche Reflex: aber bitte keinen gesetzlichen Anspruch auf Homeoffice, weil dies angeblich der wirtschaftlichen Entwicklung schaden würde.“

Decker riet der VhU dazu, ihre Urängste abzustreifen, wie zum Beispiel das Vorurteil, dass das Arbeiten von zu Hause massenhaft zu Missbrauch und Müßiggang genutzt werde. Schließlich habe auch jede und jeder Beschäftigte ein großes Interesse daran, dass ihre oder seine Firma weiterhin gut laufe und der Arbeitsplatz erhalten bleibe.

Als gänzlich überflüssig bezeichnete der SPD-Landtagsabgeordnete den Hinweis der VhU, dass die Arbeitsorganisation in vielen Fällen, wie zum Beispiel in der Produktion, Homeoffice nicht zulasse. „Inzwischen weiß fast jedes Kind, dass man Autos, Lokomotiven oder Maschinen zwar durchaus zu Hause planen und konstruieren kann, aber dass man sie immer noch in der Werkshalle bauen muss und nicht daheim im Wohnzimmer“, so Decker.

Die SPD halte es für durchführbar, ein Recht auf Homeoffice so zu gestalten, dass die berechtigten Wünsche der Beschäftigten und das berechnete Interesse der Arbeitgeber an funktionierenden Betriebsabläufen gleichermaßen gewahrt werden.

Eine klare Absage erteile die SPD-Landtagsfraktion der erneuten Forderung des Arbeitsgeberverbandes, die gesetzlichen Arbeitszeitregeln umfänglich zu verändern oder gar auszuhebeln. „Es ist richtig und zweckdienlich, dass der Gesetzgeber derzeit mit Erleichterungen bei den Regelungen dabei hilft, besser durch die Krise zu kommen. Und bei Andauern der Krise kann es auch notwendig werden, die Erleichterungen über den 31. Juli 2020 hinaus zu verlängern“, so Wolfgang Decker.

„Was allerdings nicht zugelassen werden kann und darf, ist, dass die Corona-Krise dazu genutzt werden soll, die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Entlohnung nach der Pandemie dauerhaft zu entgrenzen beziehungsweise abzusenken“, so Decker. ■



Wolfgang Decker MdL

FOTO: BÜRO DECKER

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

DR. DANIELA SOMMER MDL FORDERT AUSREICHEND COVID-19-TESTS FÜR PFLEGEKRÄFTE UND PATIENTEN

Verweigerungshaltung von Minister Klose unverständlich

Nach aktuellen Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) werden die im Zuge der Corona-Krise geschaffenen Kapazitäten in Laboren zur Auswertung von Covid-19-Tests nicht einmal mehr zur Hälfte genutzt. Angesichts dieser Tatsache zeigte sich die stellvertretende Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, verwundert über Aussagen von Landesminister Klose.

Sommer sagte: „Der Minister bestätigte die freien Testkapazitäten in der besagten Ausschusssitzung. Doch auf unsere Frage, ob er die Testungen erweitern wolle, verneinte er deutlich. Es ist ein schlechtes Zeichen, dass weniger als möglich getestet wird, die Kapazitäten in dieser Situation nicht ausnahmslos

genutzt werden. Es ist ein noch schlechteres Zeichen, dass Minister Klose mehr Tests verweigert.“

Schon lange gebe es die Forderung aus der Fachwelt, dass ein umfassendes flächendeckendes Testen aller Berufsgruppen und Patienten in Krankenhäusern und in Altenheimen sowie anderen Gesundheitseinrichtungen angezeigt sei, um mögliche Infektionen eindämmen zu können. Ein solches Testen würde ermöglichen, dass das Personal in Krankenhäusern, sowie Einrichtungen der Pflege und Fürsorge, bis zum Moment der Ansteckungsgefahr in ihren Teams arbeiten und im Falle einer Infektion mit entsprechenden Quarantänemaßnahmen die Umgebung schützen könnten. Schließlich habe die Bundesregierung im zweiten Bevölkerungsschutzgesetz

beschlossen, unter anderem mehr Tests in Pflegeheimen durchführen zu lassen.

Sommer hoffe, dass Sozialminister Klose seinen Widerstand gegen die Testung in Pflegeheimen und Gesundheitsbereichen nicht länger aufrechterhalten könne. Das Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg wollten beispielsweise landesweit die Heime testen lassen. Von Seiten der Hessischen Landesregierung habe man bislang nur Gegenteiliges gehört.

„Pflegekräfte benötigen, angesichts der Pandemie, den bestmöglichen Schutz und müssen ab sofort regelmäßig auf das Coronavirus getestet werden, aber auch Patienten sollen bei Aufnahme getestet werden, um die Infektionskette zu unterbrechen“, forderte die gesundheitspolitische Sprecherin. ■



Dr. Daniela Sommer MdL

FOTO: BÜRO SOMMER

ARBEITNEHMER IN EUROPA NICHT IM STICH LASSEN

Sabine Waschke MdL zum Europäischen Kurzarbeiterprogramm

Das Corona-Virus ist kein auf einzelne Nationen begrenztes Phänomen. Die derzeit wiederaufkommenden nationalstaatlichen, egoistischen Reflexe führen in eine Sackgasse. Wenn wir aktuell in einer globalen Krise stecken, sollten wir froh sein, dass wir gemeinsam als Europäer handeln können“, sagte die Europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag Sabine Waschke.

Sie erinnerte an eine der Grundideen der EU und plädierte für das Europäische Kurzarbeiterprogramm „SURE“ und eine EU-Arbeitslosenrückversicherung.

„Um Menschenleben zu retten, mussten wir große Teile unserer europäischen Volkswirtschaften ins künstliche Koma versetzen. Millionen von Europäerinnen und Europäern fürchten um ihre Arbeitsplätze, Unternehmen um ihre Existenzen. Wir wissen, dass eine hohe europäische

Arbeitslosigkeit sich auch immer negativ auf Deutschland auswirkt. Wenn wir nun einzelne Nationen innerhalb der EU im Stich lassen, dann schädigen wir damit letztendlich uns selbst. Deshalb müssen die politisch Verantwortlichen europaweit den Unternehmen deutlich machen: Werft die Leute nicht raus. Nach Gesundheit und Wohlergehen ist das Gebot der Stunde, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten.“

Mit Einführung des Kurzarbeiterprogramms „SURE“ betrete man auf europäischer Ebene sozialpolitisches Neuland. „Wir wollen mit derartigen Programmen die nationalen Bemühungen solidarisch unterstützen. Wir machen das, um möglichst viele Menschen auch in und nach der Krise im Job zu halten. Da wo uns das nicht gelingt, ist die Arbeitslosen-Rückversicherung ein gutes Instrument, um Armut zu verhindern. Mit der Arbeits-

losen-Rückversicherung könnten wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Euroraum in Krisenzeiten wie diesen besser stabilisieren, als es national möglich ist“, sagte Sabine Waschke und unterstrich dabei, dass auch Deutschland in der Vergangenheit von einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung profitiert hätte.

„Das Corona-Virus ist kein auf einzelne Nationen begrenztes Phänomen. Genauso zeigt es uns, dass wir in Krisen wie diesen stärker sind, wenn wir als Gemeinschaft handeln. Die derzeit wiederaufkommenden nationalstaatlichen, egoistischen Reflexe führen in eine Sackgasse. In der aktuellen globalen Krise sollten wir froh sein, dass wir gemeinsam als Europäer handeln können. Das ist eine der Grundideen der Europäischen Union: Gemeinsam Krisen abfedern“, machte Sabine Waschke deutlich. ■



Sabine Waschke MdL

FOTO: BÜRO WASCHKE

GLÜCKWUNSCH!

KEINE DIVIDENDEN UND BONI BEI STAATSHILFEN

Dr. Edgar Franke MdB und Esther Dilcher MdB zu Corona-Schutzschirm

Der Bundestag hat als Reaktion auf die durch die Pandemie verursachte Wirtschaftskrise einen Schutzschirm für Arbeitsplätze und Unternehmen gespannt. Wir Sozialdemokraten erwarten, dass sich Unternehmen, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, bei unvermeidbaren Restrukturierungsmaßnahmen an Tarifreue und Mitbestimmung halten und sich eng mit Betriebsrat und Gewerkschaften abstimmen. Im Interesse der eigenen Zukunftssicherung sollten diese Unternehmen grundsätzlich auf die Ausschüttung von Gewinnen an Anteilseigner verzichten. Wir fordern im Einzelnen, dass

Unternehmen, die Mittel zur Rekapita-

lisierung oder umfangreiche Garantien erhalten, für die Dauer der Maßnahmen keine Dividenden ausschütten dürfen,

Unternehmen, die Mittel zur Rekapitalisierung oder umfangreiche Garantien erhalten, für die Dauer der Maßnahmen keine Boni, Sonderzahlungen in Form von Aktienpaketen oder andere gesonderte Vergütungen (Gratifikationen) neben dem Festgehalt für ihre Organe ausgeben dürfen. Bei einer wesentlichen Beteiligung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds an einem Unternehmen erwarten wir zudem, dass Obergrenzen für die Vergütungen der Mitglieder der Organe und der Angestellten festgelegt werden,

Unternehmen, die staatliche Hilfen erhalten, um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zu sichern, keine Aktienrückkäufe tätigen,

Unternehmen, die Hilfen beantragen, keine Zweigniederlassungen in Steuerparmodellen mit Hilfe solcher Aktivitäten beteiligen,

Unternehmen sich bei unvermeidbaren Restrukturierungsmaßnahmen an Tarifreue und Mitbestimmung halten und über die strategische Ausrichtung mit Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation eng mit Betriebsrat und Gewerkschaften abstimmen. ■

Rolf Bertlein
aus Kassel
zum 95. Geburtstag

Günter Boller,
Marion Nöding und
Fred Gieseler
aus Kassel
Karl-Heinz Gerhold und
Herbert Hellmuth
aus Baunatal
Lieselotte Dersch aus
Bad Sooden Allendorf
Gerhard Banze
aus Niedenstein
Horst Krellig
aus Biedenkopf

zu 65 Jahren
Partei Mitgliedschaft ■